



<https://blz.li/31a7>

SOZIALMONITORING 2023: VERÄNDERUNGEN BEI SOZIALEM UND BEVÖLKERUNG

Veröffentlicht am 27.07.2023 um 14:18 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Region Hannover steht weiterhin vor großen sozialen Herausforderungen. Das ist das Ergebnis des Sozialmonitorings 2023 der Region Hannover. Das Sozialmonitoring der Region Hannover liefert wichtige Informationen zur Bevölkerungsstruktur und sozialen Lage in der Region. Es zeigt Veränderungen bei der Armutsgefährdung, der Beschäftigung, dem Wohnungsbau und der schulischen Inklusion. Das Monitoring ist interaktiv und frei zugänglich, abrufbar unter www.hannover.de/sozialmonitoring. Sozialdezernentin Dr. Andrea Hanke: "Wir haben mit dem Sozialmonitoring ein sehr transparentes und fortlaufend weiterentwickeltes Instrument, das uns für unsere Planung im Sozialwesen wertvolle Erkenntnisse liefert. Wir sehen daran, dass wir mit den Schwerpunkten, die wir aktuell setzen, auf dem richtigen Weg sind. Und gleichzeitig bietet das Monitoring jeder interessierten Person die Möglichkeit, sich individuell zu informieren." Die Mindestsicherung in der Region Hannover bleibt mit einem Anteil von 12,1 Prozent insgesamt auf konstantem Niveau, steigt jedoch im Umland kontinuierlich an, während sie in der Landeshauptstadt Hannover leicht zurückgeht. Die Struktur der Gruppe der Hilfeempfänger hat sich merklich verändert. Es gibt einerseits einen Rückgang der SGB II-Empfängenden, andererseits eine Zunahme der Grundsicherung im Alter. Ebenfalls gestiegen ist die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Verändert hat sich auch der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft in den Städten und Gemeinden. Er liegt aktuell bei 17 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2010 haben sich die Quoten in den Kernstädten im Verflechtungsraum der Landeshauptstadt (Laatzen, Garbsen, Langenhagen, Ronnenberg) denen Hannovers angenähert, überproportionale Steigerungen in der Peripherie sind vor allem in Burgdorf, Barsinghausen, Lehrte und Seelze zu erkennen. Die Armutsgefährdung von Personen ab 65 Jahren steigt stärker als in allen anderen Altersgruppen. Der Anteil der Einwohner ab 65 Jahren, die zur Unterstützung des soziokulturellen Existenzminimums angewiesen sind (aktuell 6,1 Prozent) ist seit 2010 jedoch kontinuierlich angestiegen. Die Dunkelziffer derjenigen, die keine Anträge auf Grundsicherung stellen, ist zudem hoch, weshalb die Region Hannover eine Offensive gegen Altersarmut gestartet hat. Die Gruppe der ab 65-Jährigen ist mit Blick auf die Verteilung in den Städten und Gemeinden besonders ungleich verteilt. Besonders hoch ist der Anteil der Personen, die in Altersarmut leben, in der Landeshauptstadt Hannover. Die Kinderarmut ist seit 2010 leicht von 19,3 Prozent auf 21,3 Prozent gestiegen. Die Beschäftigungsquote erreicht neue Höchstwerte, wobei sich die Quoten der Männer mit 69,8 Prozent und der Frauen mit 65,4 Prozent langsam einander nähern. Allerdings verdienen 15,2 Prozent der Vollzeit-Beschäftigten weniger als 2.431 Euro brutto im Monat bzw. weniger als 14 Euro die Stunde. Der Wohnungsbau hat mit 4.632 zusätzlichen Wohnungen allein 2022 zugenommen, ist aber noch nicht ausreichend, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Und nach langer Zeit entstehen wieder mehr Wohnungen in Mehrfamilien- als in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Zum Sozialmonitoring der Region Hannover

Das Sozialmonitoring dient der regelmäßigen, mehrdimensionalen und langfristigen Beobachtung sozialer Entwicklungen in der Region Hannover und den regionseigenen Kommunen. Die Daten liegen ab dem Jahr 2012, teilweise bereits seit 2010 vor; Stichtag ist jeweils der 31.12. des Jahres, etwaige Ausnahmen sind im Monitoring entsprechend gekennzeichnet. Es liefert somit die Grundlage für die Planung und liefert zentrale Sozialdaten für Entscheidungs- und Steuerungsprozesse. Es erfüllt eine wichtige Servicefunktion zur Versorgung der Verwaltung sowie der Fachkräfte mit aktuellen Fach- und Planungsdaten, gleichzeitig dient es nach außen zur Information von Politik, Akteure sozialer Angebote und Dienste sowie Bürger.